

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 4. Dezember 1954

Blatt 2074

## Weihnachtsbäume der Gemeinde Wien

=====

4. Dezember (RK) Wie in jedem Jahr wurden auch heuer auf dem Rathausplatz und vor dem Westbahnhof von der Gemeinde Wien Weihnachtsbäume aufgestellt. Gestern abend erstrahlten sie zum ersten Mal in ihrem Lichterglanze. Die beiden schlanken Riesen standen noch vor wenigen Tagen schneebedeckt auf der Wildalpe. Jetzt übermitteln sie als erste Boten des nahenden Weihnachtsfestes allen Wienerinnen und Wienern die Feiertagswünsche der Stadtverwaltung.

- - -

## Sammlung für die Armen Wiens

=====

4. Dezember (RK) Die diesjährige Sammlung in den Häusern für die Armen Wiens wird in der Zeit vom 5. bis einschließlich 11. Dezember durchgeführt.

Ihr Ertrag dient der zusätzlichen Fürsorge für arme, alte und kranke Bewohner der Stadt Wien.

Jeder spende daher nach Vermögen - er hilft Notleidenden!

- - -

Franz Schmidt - Hermann Grädener - Carl Lafite  
 =====

"Musikergedenktage" im Wiener Rathaus

4. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek setzt die Reihe der Kleinausstellungen nunmehr mit einem musikalischen Thema fort. Unter dem Titel "Drei Musikergedenktage" erinnert sie an den 80. Geburtstag des 1939 verstorbenen großen österreichischen Symphonikers Franz Schmidt (22. Dezember), den 25. Todestag von Hermann Grädener (15. September) und den 10. Todestag von Carl Lafite (19. November). Leben und Wirken dieser drei für Wien bedeutsamen Persönlichkeiten ist mit einer knappen Auswahl von wertvollen Originalhandschriften, Drucken und Bildzeugnissen eindrucksvoll belegt. Die Ausstellung befindet sich im Lesesaal der Stadtbibliothek (Neues Rathaus, I. Stock, Stiege IV) und ist vom 7. bis einschließlich 31. Dezember frei zugänglich (Montag bis Freitag 9 bis 18.30 Uhr, Samstag 9 bis 12 Uhr).

- - -

10. Österreichischer Städtetag  
 =====

Ehrenmitgliedschaft für Bundespräsident Dr.h.c. Körner

Festsitzung im Messepalast

4. Dezember (RK) Heute vormittag begannen im Festsaal des Wiener Messepalastes die Beratungen des 10. Österreichischen Städtetages. Vorher fand eine Festsitzung statt, bei der Bundespräsident Dr.h.c. Körner die Ehrenmitgliedschaft zum Österreichischen Städtebund verliehen wurde. Gleichzeitig wurde dem Bundespräsidenten die Urkunde überreicht.

Als der Bundespräsident, geleitet von Bürgermeister Jonas und Vizebürgermeister Honay, den Saal betrat, erhoben sich die Delegierten von ihren Sitzen. Der Chor "Jung-Wien" unter der Leitung von Prof. Leo Lehner sang die Bundeshymne. Bürgermeister und Vizebürgermeister geleiteten den Bundespräsidenten auf seinen Ehrenplatz. Neben ihm hatten Vizekanzler Dr. Schärf, die Minister Dr.

./.

Kamitz, Helmer, Maisel, Dipl.Ing. Waldbrunner, die Staatssekretäre Dr. Bock, Dr. Fischer und Dr. Kreisky Platz genommen.

Der Vorsitzende des Österreichischen Städtetages, Bürgermeister Jonas erklärte den Städtetag für eröffnet. Er führte ferner aus, daß der Hauptausschuß des Österreichischen Städtetages im Jahre 1953 den einstimmigen Beschluß faßte, am nächsten Städtetag den Antrag zu stellen, Bundespräsident Dr.h.c. Körner in Würdigung seiner großen Verdienste um den Österreichischen Städtebund und um die österreichische Kommunalpolitik die Ehrenmitgliedschaft zum Städtebund zu verleihen. Heute ist nun die Möglichkeit gegeben, dem Beschluß des Hauptausschusses nachzukommen und dem Österreichischen Städtetag den Antrag zu unterbreiten. Die Ehrenmitgliedschaft ist die einzige Auszeichnung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unserer Republik, die sich um die österreichischen Gemeinden und um die kommunale Selbstverwaltung im allgemeinen sowie um den Österreichischen Städtebund im besonderen außergewöhnliche Verdienste erworben haben.

Der Vorsitzende würdigte sodann das Wirken des Bundespräsidenten, der nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zunächst an die Spitze der Verwaltung der Bundeshauptstadt berufen wurde. Dr. Körner hat auch in einer Zeit, in der es in Wien nichts als Trümmer gab und in der viele unserer Mitbürger von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung erfüllt waren, die Führung der Verwaltung der Bundeshauptstadt übernommen. Er hat gemeinsam mit einigen Mitarbeitern einen völlig neuen Verwaltungsapparat aufgebaut, die Säuberung der Stadt von den Spuren des Kampfes in die Wege geleitet, den Wiederaufbau organisiert und zu einem von der ganzen Welt anerkannten Höhepunkt geführt. Diese große Leistung ist Theodor Körner in einer Periode gelungen, an deren Beginn in der Stadt noch gekämpft wurde, Gewalt und Willkür eine tägliche Erscheinung waren. Wenige Monate nachher trat an Stelle des Regimes der erobernden Kampftruppen das Besatzungsregime der vier Alliierten Mächte. Keinem anderen wäre in dieser Zeit gelungen, was Körner damals in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht hat: die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Position des Wiener Bürgermeisters und des Wiener Städtensates nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch bei den Besatzungsmächten.

Nach Lösung der ersten Aufgaben des Wiederaufbaues hat Körner auch die Wiedererrichtung des Österreichischen Städtebundes ermöglicht. Er hat im Wiener Rathaus eine Heimstatt gefunden. Dr. Körner stand an der Spitze des Österreichischen Städtebundes als sein 1. Vorsitzender und zugleich als begeisterter Förderer seiner Absichten, Aktionen und Arbeiten. Unter seinem Vorsitz konnte sich der Städtebund zu einer angesehenen und anerkannten Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden entwickeln, die aus dem öffentlichen Leben kaum mehr wegzudenken ist.

Hierauf unterbreitete Bürgermeister Jonas dem Städtetag den Antrag, Bundespräsident Dr.h.c. Körner die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Die Delegierten erhoben sich unter stürmischem Beifall spontan von ihren Sitzen. Hierauf überreichte Bürgermeister Jonas dem Bundespräsidenten die Ehrenurkunde über den Beschluß des 10. Österreichischen Städtetages.

Bundespräsident Dr.h.c. Körner führte aus: "Ich weiß die hohe Ehre wohl zu schätzen, die mir der Österreichische Städtebund hat zuteil werden lassen und ich danke von ganzem Herzen. Man darf den Beschluß des Städtetages, mich mit der Ehrenmitgliedschaft auszuzeichnen, gewiß als einen Beweis der persönlichen Sympathie und der freundschaftlichen Gesinnung werten. Zugleich aber ehren die österreichischen Städtevertreter in mir den ehemaligen Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien. Sie hat sich stets treu zur Gemeinschaft dieses Bundes bekannt, sie hat seiner Arbeit stets große Förderung angedeihen lassen, sie ist es also, die es in erster Linie verdient, Ehrenmitglied des Städtebundes zu sein. Mit großer Freude und mit einem gewissen Gefühl des Heimwehs denke ich an die Zeit zurück, als ich als Obmann des Österreichischen Städtebundes die Stelle einnehmen konnte, die jetzt Bürgermeister Jonas ausfüllt. Wir haben miteinander schwere Zeiten durchgemacht. Es galt den Hunger und das Elend der Nachkriegszeit, die Seuchengefahr und die Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Es ist gut, sich manchmal daran zu erinnern, wie es damals war, mit umso größerer Freude dürfen wir feststellen, daß die Arbeit aller Stadtverwaltungen nicht vergeblich gewesen ist. Der Wiederaufbau der österreichischen Gesamtwirtschaft zeigt sich nirgends deutlicher als in unseren Städten, denen der Krieg die schwersten Schäden zugefügt hat. Neun Jahre haben wir benötigt, um das Zerstörte schöner und besser zu gestalten.

ten. Die erprobten Bürgermeister, die Stadtväter und die getreuen Beamten der Stadt, in der Hauptsache aber ihre Bewohner, sie alle haben den größten Anspruch auf immerwährenden Dank. Die Freude über das schon Erreichte mag ihnen allen Ansporn für die Arbeit sein, die noch zu leisten sein wird.

Die Wiedererrichtung des Österreichischen Städtebundes im März 1946 war ein wichtiger Schritt zur Erreichung des Zieles, gemeinsame Aufgaben durch gemeinsame Arbeit zu meistern. Abschließend dankte Bundespräsident Dr.h.c. Körner nochmals für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft zum Österreichischen Städtebund und wünschte dem Städtetag Erfolg bei seinem weiteren Wirken.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, betonte nach der Rede des Bundespräsidenten, die von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen wurde, daß die Absicht besteht, die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft als eine besondere und hohe Auszeichnung zu werten und demgemäß von ihr einen sparsamen Gebrauch zu machen.

Mit einem Lied, das der Chor "Jung-Wien" vortrug, schloß die Festsitzung.

#### Hauptversammlung des Städtebundes

Im Anschluß an die Festsitzung wurde die Hauptversammlung des 10. Österreichischen Städtetages eröffnet. 400 Delegierte aus 170 österreichischen Gemeinden, die mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung der Republik repräsentieren, waren nach Wien gekommen, um an den Beratungen teilzunehmen. Unter den Gastdelegierten befindet sich der Generalsekretär des Internationalen Städtebundes Arkema sowie eine siebenköpfige Delegation des Deutschen Städtetages. Unter ihnen die Oberbürgermeister von Augsburg Dr. Müller und von Karlsruhe Dr. Klotz. Ferner nehmen an den Beratungen Mitglieder des österreichischen Nationalrates teil. Die Stadt Wien ist durch den Vorsitzenden Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Lakowitzsch, Resch, Sigmund und Thaller sowie Stadtschulratspräsident Dr. Zechner vertreten.

Bürgermeister Jonas gab in seiner Begrüßungsansprache einen Überblick über das Tagungsprogramm. Er wertete es als ein Zeichen der Konsolidierung, daß der Österreichische Städtetag diesmal Zeit

findet, über die Probleme des Alltags hinauszugehen und über die Abhaltung von Jungbürgerfeiern in ganz Österreich zu beraten.

Bürgermeister Jonas begrüßte dann die Delegierten und erteilte Vizekanzler Dr. Schärf das Wort, der in seiner Ansprache auf die Stellung und Bedeutung hinwies, die sich der Städtebund in Österreich errungen hat. Der Städtebund ist eine Organisation von freiwilligen Mitarbeitern geblieben. Er hat bewiesen, wie erfolgreich freiwillige Arbeit sein kann, wenn sie gut und zweckmäßig organisiert ist. Zehn Jahre nach dem Kriege können wir ein normales Funktionieren des öffentlichen Lebens feststellen. Österreich und seine Wirtschaft sind gesünder als vor 1938. Wir haben keine Massenarbeitslosigkeit und können auch eine erfreuliche Erscheinung verzeichnen, die wir vor 1938 nicht gekannt haben, nämlich eine entschiedene Staatsbejahung, die sich durch eine glühende Liebe der Österreicher zu ihrem Staat äußert. Vizekanzler Dr. Schärf äußerte die Meinung, daß mit der Konsolidierung unseres öffentlichen Lebens auch eine gerechte Neuverteilung der Verwaltungsausgaben notwendig sei. Auf diesem Gebiet ist in Hinkunft eine Dauerregelung vorgesehen. Die Bundesregierung, sagte er, wird mit größter Entschiedenheit darauf drängen, daß an Stelle kurzfristiger, nunmehr langfristige Finanzausgleiche zustande kommen. Dem 10. Österreichischen Städtetag wünschte er namens der Regierung die besten Erfolge und gab dem Wunsche Ausdruck, daß ihm Anregungen entspringen mögen, die den österreichischen Staatsbürgern das Leben noch mehr lebenswerter machen werden.

Im Namen des Internationalen Städtebundes sprach Generalsekretär Arkema (Holland). Er verwies auf das herzliche Verhältnis, das sich zwischen dem Österreichischen Städtebund und der großen internationalen Körperschaft der Gemeindevertreter entwickelt hat. Zugleich überbrachte er die Einladung zum Internationalen Städtekongreß, der im September 1955 in Rom stattfinden wird. Die Veranstalter, sagte er, sind von dem Ehrgeiz durchdrungen, den Kongreß in der italienischen Hauptstadt genauso erfolgreich zu gestalten, wie es der Internationale Städtekongreß 1953 in Wien gewesen ist. Oberbürgermeister Dr. Müller (Augsburg) überbrachte die Grüße der deutschen Städte. Er erinnerte an den engen Kontakt, den die deutschen Städte stets mit dem Österreichischen Städtebund aufrechterhalten. Die kommunalen und städtischen Einrichtungen Wiens,

4. Dezember 1954

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2080

sagte er, gelten auch in Deutschland als mustergültig und deutsche Studienkommissionen kommen gerne in die österreichische Bundeshauptstadt, um hier zu lernen. Die soziale Fürsorge und der soziale Wohnungsbau Wiens werden in den deutschen Städten mit großem Interesse verfolgt. Als letzter begrüßte der Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes, Minister a.D. Födermayr, die Tagung. Er brachte seine Befriedigung über die bewährte Zusammenarbeit des Österreichischen Gemeindebundes mit dem Österreichischen Städtebund zum Ausdruck. Die gemeinsamen Aufgaben, sagte er, können nur gemeinsam gelöst werden. Abschließend dankte er den Vertretern des Städtebundes für das Verständnis, das sie schon so oft für die finanzschwachen Gemeinden bekundeten.

./.

Der Finanzausgleich 1955

Das Hauptreferat des ersten Tages der Vollversammlung des Städtebundes hielt der Wiener Finanzreferent Stadtrat Resch. Er berichtete über den Finanzausgleich für das Jahr 1955. Der Bund war bereit, unter gewissen Bedingungen einen dreijährigen Finanzausgleich abzuschließen. Dafür wurde gefordert, daß die Gemeinden dem Bund die Hälfte der Gewerbesteuer und einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer überlassen, wogegen der Bund bereit war, das Bundespräzipium von derzeit 700 Millionen Schilling jährlich gänzlich aufzuheben und kleinere Verbesserungen der Beteiligung der Gemeinden an der Bier- und Weinsteuern zuzugestehen.

Der Finanzausschuß des Städtebundes hat diese Vorschläge eingehend beraten und einstimmig die Ablehnung empfohlen, weil sie die Steuerhoheit der Gemeinden verletzen und durch den Eintausch von noch entwicklungsfähigen Steuern gegen Steuern, deren Einnahmen bereits rückläufig sind, die zukünftige Finanzlage der Gemeinden schwer gefährden würden. Die Vertreter des Städtebundes bemühten sich nunmehr in Verhandlungen mit den Vertretern des Gemeindebundes, der die kleinen Gemeinden Österreichs vertritt, einen interkommunalen Ausgleich zu finden, der den Forderungen der Kleingemeinden auf eine stärkere Beteiligung an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben Rechnung trägt, ohne das Gesamtinteresse aller Gemeinden Österreichs zu verletzen. Ein solcher Ausgleich kam auch nach längeren schwierigen Verhandlungen zustande. Er wurde von beiden Verbänden vorerst den Vertretern der Länder und dann den Vertretern des Bundes unterbreitet. Der nun abgeschlossene Finanzausgleich beruht auf den gleichen Grundlagen wie die bisherigen Finanzausgleiche und wurde daher vom Bund auch heuer wieder nur für ein Jahr zugestanden. Er läßt die Anteile des Bundes und der Länder an den gemeinschaftlichen Bundessteuern völlig unberührt und ändert nur auf der Grundlage des zwischen den zwei Gemeindeverbänden getroffenen Ausgleiches die Anteile der Städte und der Kleingemeinden. Durch eine Besserung des sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssels werden die Gemeinden bis 1.000 Einwohner um 16.6 Prozent und die Gemeinden von 1.001 bis 2.500 Einwohnern um 33.3 Prozent mehr Ertragsanteile erhalten als bisher. Der Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebs- und

Wohngemeinden wird zugunsten der Wohngemeinden geändert und ein zweiter Gewerbesteuerausgleich neu eingeführt, der den Betriebsgemeinden, deren Gewerbesteuereinnahmen je Kopf der Bevölkerung mehr als 450 Schilling jährlich betragen, ein Drittel dieser Mehreinnahmen abschöpft. Der Abschöpfungsbetrag wird zu einem Drittel den Wohngemeinden des Betriebsortes und zu zwei Dritteln allen Gemeinden des betreffenden Landes zugeführt, deren eigene Kopfquote an Gewerbesteuer unter dem Landesdurchschnitt bleibt.

Den sogenannten Wiener Randgemeinden, die selbständige Gebietskörperschaften geworden sind, wurde zugestanden, daß sie noch bis Ende 1955 nicht die ihnen nach ihrer Bevölkerungszahl zustehenden Ertragsanteile erhalten sollen, sondern diejenigen, die sie erhielten, wenn sie noch ein Bestandteil Wiens wären. Der Finanzminister hat schließlich zugesagt, einen Bundeszuschuß für die öffentlichen Spitäler von 50 Millionen Schilling und für die von Ländern und Gemeinden vertretenen Theater einen solchen von 10 Millionen Schilling in das Budget 1955 aufnehmen zu lassen.

Stadtrat Resch betonte abschließend, daß der Städtebund bei seinem Entgegenkommen gegen die Kleingemeinden nunmehr an die **Grenze** des Möglichen gegangen sei. Man darf nicht erwarten, daß auch weiterhin jede Einnahmeneinbuße der kleineren Gemeinden bei neuen Steuerreformen durch den Verzicht der Städte auf ihren Anteil an den gemeinschaftlichen Bundessteuern zugunsten der Kleingemeinden wettgemacht werden könnte. Es wäre an der Zeit, daß die Kleingemeinden vor neuen Forderungen an die Städte daren gehen, ihre eigenen Steuermöglichkeiten, besonders bei der Grundsteuer, der Geldentwertung entsprechend auszubauen. Er trat auch energisch gewissen Bestrebungen entgegen, die vom Volke gewählten Vertreter der mehr als 4.000 Gemeinden Österreichs von den Finanzausgleichsverhandlungen ausschalten zu wollen. Solange es in demokratischen Zeiten Österreichs einen Finanzausgleich gibt, wurde er zwischen den daran interessierten Gebietskörperschaften, dem Bund, den Ländern und den Gemeinden verhandelt und vereinbart und an dieser im Interesse aller gelegenen Regelung werden die Gemeinden nicht rütteln lassen.

Jungbürgerfeiern in ganz Österreich

Über die Durchführung von Jungbürgerfeiern in Österreich sprach Bürgermeister Dr. Tizian, Bregenz. Wie er ausführte, besteht das Bestreben, die Bevölkerung und vor allem die Jugend an der Verantwortung für das öffentliche Leben teilnehmen zu lassen. Dies zu unterstreichen und zu betonen, soll der Zweck der Jungbürgerfeiern sein, die 1947 zum erstenmal in Vorarlberg veranstaltet wurden. Die Jugend soll im Staat ein harmonisches Ganzes sehen und nicht nur die Behörden und Ämter. "Du wirst in diesem Jahre volljährig und erhältst zugleich das aktive Wahlrecht. Du erhältst damit das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung des öffentlichen Lebens, das auch für dein Schicksal wichtig ist, teilzunehmen." Diese Worte stehen auf dem Widmungsblatt, mit dem die Vorarlberger Jungbürger ihr Jungbürgerbuch ausgehändigt erhalten. Damit ist der Sinn und Zweck dieser Einrichtung am besten erläutert. Wir wollen der Jugend damit sagen, daß wir sie brauchen, daß sie mitdenken, mitreden und mithandeln muß.

Der Referent gab dann einen Überblick über die Entstehung der Jungbürgerfeiern, die in Vorarlberg aus der benachbarten Schweiz übernommen wurden. Die erste Jungbürgerfeier wurde von der Arbeiterkammer veranstaltet, später haben die einzelnen Gemeinden die Durchführung übernommen. Die Teilnahme an den Feiern ist freiwillig, auch besteht selbstverständlich der Grundsatz, keinerlei Parteipolitik bei den Feiern zu betreiben.

Im Kulturausschuß des Städtebundes wurde die Frage der Jungbürgerfeiern bereits behandelt. Der Referent unterbreitete daher der Vollversammlung die Vorschläge: die Jungbürgerfeiern, die eine wertvolle Möglichkeit darstellen, den jungen Staatsbürger zur Mitarbeit am öffentlichen Leben zu gewinnen, sollen von den Städten und Gemeinden durchgeführt werden. Das Jungbürgerbuch soll länderweise herausgegeben und mit einem einheitlichen Beitrag des Bundes versehen sein. Der zehnte Jahrestag des Bestandes der zweiten Republik soll der Anlaß sein,

zum erstenmal in ganz Österreich Jungbürgerfeiern durchzuführen.

### Halb Österreich im Städtebund

Der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Riemer, erstattete nun die Berichte des Sekretariates und der Österreichischen Gemeinde-Zeitung sowie in Vertretung des dienstlich verhinderten Bürgermeisters von Salzburg, Dr. Pacher, den Bericht des Kassiers. Wie Bundesrat Riemer ausführte, hat der Österreichische Städtebund seit der letzten Tagung wieder zwölf Mitgliedsgemeinden neu hinzugewonnen. Der Städtebund umfaßt nunmehr 170 Mitgliedsgemeinden mit einer Einwohnerzahl von 3,5 Millionen. 50.6 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs werden durch den Österreichischen Städtebund repräsentiert.

Im Verlauf seiner Ausführungen unterbreitete der Referent der Vollversammlung eine Reihe von Anträgen. So appelliert der Städtetag in einer EntschlieÙung an die Gesetzgebung, die Beratungen über ein modernes Grundbeschaffungsgesetz zu beginnen und den Gemeinden zusätzliche Mittel in die Hand zu geben, die sie befähigen, eine den Interessen der Gesamtbevölkerung und des modernen Verkehrs entsprechende Entwicklung unserer Städte und Dörfer zu gewährleisten. Weiter heißt es in der EntschlieÙung, daß der für die Krankenanstalten vom Bund in Aussicht genommene Beitrag weit hinter der Regelung von einst bleibt und die finanzielle Notlage der spitalerhaltenden Gemeinden nur zu mildern vermag. Der Städtetag hält es daher für notwendig, das neue Krankenanstaltengesetz raschest der parlamentarischen Beratung zuzuführen. Ferner wird die Forderung nach Wiederherstellung der Steuerleistung der Monopolbetriebe des Bundes an die Gemeinden erneut aufgestellt. Der Städtetag fordert die Bundesregierung auf, von den Gemeinden keine Beiträge zu begehren, die gesetzlich nicht begründet sind. Im besonderen wird die Befreiung von Sach- und Personalleistungen für Bundesmittelschulen gefordert. Der Städtetag verlangt auch, die Beratungen über die Schulerrichtungs- und -erhaltungsgesetze ehestens

wieder aufzunehmen. Ebenso dringend scheint dem Städtetag die gesetzliche Regelung der Errichtung und Führung von Kindergärten und Kinderheimen. Einspruch wird gegen die Absicht erhoben, die Gemeinden von der Vergütung von Schäden durch die militärische Besetzung auszuschließen.

In einer Resolution, die der Referent gleichfalls als Antrag unterbreitete, wird die in der Verfassung verheissene Neuregelung auf dem Gebiete des Gemeinderechtes urgiert.

Ein weiterer Antrag empfiehlt den Mitgliedsgemeinden des Städtebundes, den von der Bundesregierung für die Durchführung der dritten Etappe der Entnivellierung festgesetzten Termin, 1. Juni 1955, auch für ihren Bereich anzuwenden.

(Bericht über die Nachmittagsitzung in unserer letzten Ausgabe)

Wilhelmine Schröder-Devrient zum Gedenken  
=====

4. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 150. Geburtstag der unvergeßlichen Sängerin der Wiener Oper Wilhelmine Schröder-Devrient.

Als Tochter der berühmten Burgschauspielerin Sophie Schröder in Hamburg geboren, lernte sie schon als Kind tanzen und wurde später auch im Schauspiel ausgebildet. Sie erhielt ein Engagement am Hofburgtheater, wandte sich aber dann dem Gesang zu und debütierte 1821 am Kärntnertortheater. In der Folge entwickelte sie sich zu der berühmtesten dramatischen Sängerin ihrer Zeit. Von 1823 bis zu ihrem Abschied von der Bühne im Jahre 1847 gehörte sie dem Dresdener Hoftheater an, unternahm aber zwischendurch viele Gastspielreisen, die sie bis nach Paris und London führten. Am 26. Jänner 1860 ist sie in Koburg gestorben. Wilhelmine Schröder-Devrient hat mit ihrer großartigen Darstellungs- und Gesangkunst von Wien aus nicht bloß Webers "Freischütz" zu einem durchschlagenden Erfolg verholfen, sondern vor allem Beethovens "Fidelio" für immer die Opernbühne erobert. Auch für Schubert ist sie als Konzertsängerin besonders eingetreten.

- - -

Die Nachmittagsitzung des Städtetages  
=====

4. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Koref, Linz, wurden heute nachmittag die Beratungen des 10. Österreichischen Städtetages fortgesetzt. Vorher hatten Kommissionen über Finanzangelegenheiten und über die Jungbürgerfeiern Sitzungen abgehalten.

Stadtrat Resch, Wien, berichtete über die Beratungen der Finanzkommission, in der, wie er betonte, alle Diskussionsredner den Standpunkt vertraten, daß bei den Finanzausgleichsverhandlungen das Möglichste erreicht worden war.

Bürgermeister Dr. Tizian, Bregenz, referierte der Hauptversammlung über die Jungbürgerfeiern, die bereits im nächsten Jahr in ganz Österreich abgehalten werden sollen. Man ist übereingekommen, Detailfragen dem Kulturausschuß zur Behandlung zuzuweisen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurden sämtliche Anträge der Referenten einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Koref, unterbrach hierauf die Sitzung. Der Städtetag wird morgen Sonntag, um 10 Uhr, fortgesetzt. Bürgermeister Dr. Koref berichtet über "Die Gemeinden und Europa".

Am Abend gab die Stadt Wien für die auswärtigen Delegierten im Rathauskeller einen Empfang.

- - -

Bürgermeister Jonas empfing Auslandsösterreicher  
=====

4. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute/ in  
den Repräsentationsräumen des Wiener Rathauses die Delegierten  
der im Weltbund der Auslandsösterreicher zusammengeschlossenen  
Vereine. Der Weltbund, der seinen Sitz in Zürich hat, hält  
gegenwärtig in Wien seine Jahresversammlung ab.

An dem Empfang nahmen von Seiten der Stadtverwaltung  
Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, Vizebürger-  
meister Weinberger, die Stadträte Bauer, Koci, Mandl, Dkfm.  
Nathschläger, Sigmund, der Geschäftsführende Präsident des  
Stadtschulrates für Wien, Nationalrat Dr. Zechner, und Magi-  
stratsdirektor Dr. Kinzl teil.

- - -